

18.11.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/14700 und 17/15600 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Einzelplan 06 - Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Berichterstatter

Abgeordneter Markus Weske

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 06 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 06 wurde vom

- | | | |
|---------|---------------------------------|-----------------|
| - | Hauptausschuss | Vorlage 17/5991 |
| - | Wissenschaftsausschuss | Vorlage 17/5983 |
| und vom | | |
| - | Ausschuss für Kultur und Medien | mündlich |

beraten.

Zu den Beratungen lag der Erläuterungsband in Vorlage 17/5614 vor. Zu den Beratungen des Ausschusses für Kultur und Medien lag die Vorlage 17/5902 vor. Zu den Beratungen des Wissenschaftsausschusses lag die Vorlage 17/5978 vor. Zu den Beratungen des Hauptausschusses lagen die Vorlagen 17/5890, 17/5891 und 17/5963 vor.

Mit der Vorlage 17/5717 reicht der Minister der Finanzen zum Einzelplan 06 zu sechs Titeln in Kapitel 06 050 die fehlenden Seiten des Entwurfsbandes zum Einzelplan 06 nach (111 01, 119 01, 119 02, 121 00, 124 01, 429 00).

- a) Der Hauptausschuss hat den Einzelplan 06 in seinen Sitzungen am 30. September 2021 und 28. Oktober 2021 beraten und in seiner Sitzung am 11. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen insgesamt vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD zur Abstimmung vor. Diese vier Änderungsanträge wurden einvernehmlich en bloc abgestimmt und jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der Einzelplan 06 wurde im Hauptausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.
- b) Der Wissenschaftsausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner Sitzung am 22. September 2021 beraten und in seiner Sitzung am 10. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD zur Abstimmung vor. Diese fünf Änderungsanträge wurden jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Weiteres ergibt sich aus der Vorlage 17/5983. Der Einzelplan 06 wurde im Fachausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD unverändert angenommen.
- c) Der Ausschuss für Kultur und Medien hat die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 in seiner Sitzung am 16. September 2021 und 28. Oktober 2021 und in seiner Sitzung am 11. November 2021 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen keine Änderungsanträge vor. Die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 wurden mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Das Berichterstattergespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1560 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/6024 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 16. November 2021 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 06 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/15720 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/15700.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 18. November 2021 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 06 befasst. Es lagen insgesamt 50 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellungen sowie die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Die beiden gemeinsamen Änderungsanträge ergaben sich nach Zusammenfügung der einzeln gestellten Anträge von SPD und GRÜNEN (damit entfielen die unterschiedlichen Begründungen). Alle Änderungsanträge zum Zahlenwerk wurden abgelehnt.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 06 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

<u>Anhang:</u>	14	Änderungsanträge der Fraktion der SPD
	2	Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	20	Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	14	Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung</p> <p>Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke - Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 671 70 Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>Von 22.200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">22.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 30.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Unterdeckung aus den Jahren seit 2018 bis heute ist einmalig auszugleichen. Künftige Anpassungen müssen an die tatsächliche Entwicklung der Personalkosten angepasst werden.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	Von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro	um 8.000.000 Euro		auf 30.200.000 Euro		<p>Votum WissA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022	Ansatz lt. HH 2021																														
Von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro																														
um 8.000.000 Euro																															
auf 30.200.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 671 70 Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 22.200.000 Euro</td> <td>22.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 24.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Darunter fallen auch die Angelegenheiten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Der Bund übernimmt zwar die Kosten der tatsächlichen Zahlungen an die Studierenden. Die Studierendenwerke in NRW fungieren aber als Ämter für das BAföG, an denen Studierende einen Antrag auf Leistungen stellen können und Beratung erhalten. Weiter gestiegene Zahlen von Antragsberechtigten und notwendige Lohnsteigerungen führen zu einem höheren Bedarf für die Verwaltungskostenerstattung, für die das Land zuständig ist.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro	um 2.600.000 Euro		auf 24.800.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro																				
um 2.600.000 Euro																					
auf 24.800.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 671 70 Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 22.200.000 Euro</td> <td>22.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 29.900.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Darunter fallen auch die Angelegenheiten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Der Bund übernimmt zwar die Kosten der tatsächlichen Zahlungen an die Studierenden. Die Studierendenwerke in NRW fungieren aber als Ämter für das BAföG, an denen Studierende einen Antrag auf Leistungen stellen können und Beratung erhalten. Die wieder steigenden BAföG-Antragszahlen und notwendige Lohnsteigerungen für das Personal in den BAföG-Ämtern führen zu einem höheren Bedarf für die Verwaltungskostenerstattung, für die das Land zuständig ist. Die letzte Erhöhung im Haushalt 2018 deckte den Bedarf nur zum Teil und die Kosten der BAföG-Antragsbearbeitung sind seitdem noch weiter gestiegen.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro	um 7.700.000 Euro		auf 29.900.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro																				
um 7.700.000 Euro																					
auf 29.900.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 684 70 Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 44.834.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">44.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 13.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 56.834.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Nur finanziell gut ausgestattete Studierendenwerke können dauerhaft eine gute soziale Hochschulinfrastruktur garantieren. Da die Grundfinanzierung der Studierendenwerke in den letzten Jahren nicht ausreichend erhöht wurde, aber gleichzeitig die Personal- und andere Kosten gestiegen sind, führt dies zu größeren finanziellen Belastungen der Studierenden durch steigende Sozialbeiträge und höhere Kosten in den Mensen und Cafeterien.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro	um 13.000.000 Euro		auf 56.834.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro																				
um 13.000.000 Euro																					
auf 56.834.800 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 684 70 Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 44.834.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">44.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 11.165.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 56.460.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Nur finanziell gut ausgestattete Studierendenwerke können dauerhaft eine gute soziale Hochschulinfrastruktur garantieren. Da die Grundfinanzierung der Studierendenwerke in dieser Legislaturperiode nur einmal erhöht worden ist, führt dies zu größeren finanziellen Belastungen der Studierenden durch stetig steigende Sozialbeiträge und höhere Kosten der Versorgung in den Mensen und Cafeterien.</p> <p>Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Sie benötigen zusätzliche Mittel für die digitale Anbindung der Studierendenwohnanlagen, die Digitalisierung der Bezahlssysteme in der Hochschulgastronomie sowie die elektronische Aktenführung. Dafür sind 5 Millionen Euro der Erhöhung vorgesehen</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro	um 11.165.200 Euro		auf 56.460.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro																				
um 11.165.200 Euro																					
auf 56.460.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung</p> <p>Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 684 70 Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>Von 44.834.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">44.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 51.834.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die beabsichtigte Anhebung steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf. Eine Anhebung um 7 Mio. Euro gleicht lediglich die Steigerung der Personalkosten von 2019 gegenüber 2018 auf. Eine angemessene Dynamisierung ist zudem zu verstetigen um die ansonsten notwendige weitere Anpassung der Sozialbeiträge in Grenzen zu halten.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	Von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro	um 7.000.000 Euro		auf 51.834.800 Euro		<p>Votum WissA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022	Ansatz lt. HH 2021																														
Von 44.834.800 Euro	44.500.000 Euro																														
um 7.000.000 Euro																															
auf 51.834.800 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung</p> <p>Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke - Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 893 70 Investitionszuschüsse</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 4.200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Diese Position wurde 2006 zuletzt angepasst. Dringend notwendige Investitionen müssen zurückgestellt oder mit Fremdkapital finanziert werden, was den finanziellen Spielraum der Studierendenwerke durch steigende Zinslast einschränkt. Diese Position ist deutlich zu gering bemessen, was auch an der VE für die Folgejahre ablesbar ist.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 4.200.000 Euro	4.200.000 Euro	um 5.800.000 Euro		auf 10.000.000 Euro		<p>Votum WissA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																														
von 4.200.000 Euro	4.200.000 Euro																														
um 5.800.000 Euro																															
auf 10.000.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 027 Allgemeine Studierendenförderung Titelgruppe 70 Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</p> <p>Titel 893 70 Investitionszuschüsse</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 4.200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Für Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen an ihren Verwaltungsgebäuden und Mensen in Eigenbesitz benötigen die Studierendenwerke zusätzliche Mittel. Die Mittel sind deutlich zu knapp bemessen, um die anstehenden Maßnahmen abzudecken. So mussten einige Studierendenwerke bereits Maßnahmen vollständig mit Fremdkapital finanzieren, weil keine Förderung über diesen Titel möglich war.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 4.200.000 Euro	4.200.000 Euro	um 5.800.000 Euro		auf 10.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 4.200.000 Euro	4.200.000 Euro																				
um 5.800.000 Euro																					
auf 10.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 027 Titel neu</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Studierendenförderung Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</p> <p>Neuer Titel</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von - Euro</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>um 255.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 255.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2022 Investitionen getätigt werden, die negative wirtschaftliche Entwicklungen in Folge der Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 06 027.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von - Euro	- Euro	um 255.800.000 Euro		auf 255.800.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von - Euro	- Euro																				
um 255.800.000 Euro																					
auf 255.800.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	Enth.																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 027 Titelgruppe 70</p> <p>Titel neu</p> <p>Neuer Titel</p> <p>HH 2022 von - Euro um 250.000.000 Euro auf 250.000.000 Euro</p> <p>Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="padding-left: 40px;">450.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die aktuellste Leistungsbilanz der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke NRW beziffert den Sanierungs- und Neubaubedarf der Wohnanlagen der 12 Studierendenwerke auf 700 Millionen Euro. Werden die Mittel nicht in den kommenden Jahren investiert, drohen Schließungen von maroden Wohnanlagen und die Verschärfung der Wohnungsnot von Studierenden in mehreren Städten. Zugleich kann ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, wenn Sanierungen mit einem hohen Standard erfolgen und mit einem Ausbau von Photovoltaikanlagen einhergehen. Der große Investitionsbedarf für Wohnanlagen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		kann nicht aus den bisher verfügbaren Mitteln der Studierendenwerke bezahlt werden. Es bedarf eines echten Zuschussprogramms, Kreditprogramme sind keine ausreichende Option.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 685 12 Bonn International Center for Conversion GmbH (BICC)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.030.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.030.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 62.727 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.092.727 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro	um 62.727 Euro		auf 1.092.727 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro																				
um 62.727 Euro																					
auf 1.092.727 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	nein																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 685 12 Zuschuss an das Bonn International Center for Conversion GmbH</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.030.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.030.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.060.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro	um 30.900 Euro		auf 1.060.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro																				
um 30.900 Euro																					
auf 1.060.900 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 13 Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte (STI)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 489.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">309.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 14.670 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 503.670 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>- entfallen -</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 489.000 Euro	309.000 Euro	um 14.670 Euro		auf 503.670 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 489.000 Euro	309.000 Euro																				
um 14.670 Euro																					
auf 503.670 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 14 Gesellschaft für Angewandte Mikro- und Optoelektronik mbH (AMO)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 648.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">648.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 39.518 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 688.418 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 648.900 Euro	648.900 Euro	um 39.518 Euro		auf 688.418 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 648.900 Euro	648.900 Euro																				
um 39.518 Euro																					
auf 688.418 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	nein																				

		Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 14 Zuschuss an die Gesellschaft für angewandte Mikro- und Optoelektronik mbH (AMO), Aachen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 648.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">648.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 19.467 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 668.367 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 648.900 Euro	648.900 Euro	um 19.467 Euro		auf 668.367 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 648.900 Euro	648.900 Euro																				
um 19.467 Euro																					
auf 668.367 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute Titel 686 15 Forschungsinstitut für Rationalisierung e. V. an der RWTH Aachen (FIR)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 978.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">978.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 59.591 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.038.091 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 978.500 Euro	978.500 Euro	um 59.591 Euro		auf 1.038.091 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 978.500 Euro	978.500 Euro																				
um 59.591 Euro																					
auf 1.038.091 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 15 Zuschuss an das Forschungsinstitut für Rationalisierung e. V., Aachen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 978.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">978.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 29.355 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.007.855 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 978.500 Euro	978.500 Euro	um 29.355 Euro		auf 1.007.855 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 978.500 Euro	978.500 Euro																				
um 29.355 Euro																					
auf 1.007.855 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enth.																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 16 Zuschuss an das Institut für Energie- und Umwelttechnik (IUTA) e. V., Duisburg</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.050.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.050.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.518 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.082.118 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro	um 31.518 Euro		auf 1.082.118 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro																				
um 31.518 Euro																					
auf 1.082.118 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 16 Institut für Energie- und Umwelttechnik e. V. (IUTA)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.050.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.050.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 63.982 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.114.582 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro	um 63.982 Euro		auf 1.114.582 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro																				
um 63.982 Euro																					
auf 1.114.582 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	nein																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 17 Zuschuss an das Institut für Forschung und Transfer (RIF) e. V., Dortmund</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 412.000 Euro</td> <td>412.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 12.360 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 424.360 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 412.000 Euro	412.000 Euro	um 12.360 Euro		auf 424.360 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 412.000 Euro	412.000 Euro																				
um 12.360 Euro																					
auf 424.360 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 17 Institut für Forschung und Transfer e. V. (RIF)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 412.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">412.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 25.091 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 437.091 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 412.000 Euro	412.000 Euro	um 25.091 Euro		auf 437.091 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 412.000 Euro	412.000 Euro																				
um 25.091 Euro																					
auf 437.091 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	nein																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 18 Zentrum für Brennstoffzellen Technik GmbH (ZBT)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 1.339.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.339.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 81.545 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.420.545 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 1.339.000 Euro	1.339.000 Euro	um 81.545 Euro		auf 1.420.545 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 1.339.000 Euro	1.339.000 Euro																				
um 81.545 Euro																					
auf 1.420.545 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 19 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.311.000 Euro</td> <td>2.235.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 69.330 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.380.330 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>- entfallen -</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.311.000 Euro	2.235.000 Euro	um 69.330 Euro		auf 2.380.330 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.311.000 Euro	2.235.000 Euro																				
um 69.330 Euro																					
auf 2.380.330 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 20 Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsystem e. V. (DST)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 597.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">597.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 36.382 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 633.782 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 597.400 Euro	597.400 Euro	um 36.382 Euro		auf 633.782 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 597.400 Euro	597.400 Euro																				
um 36.382 Euro																					
auf 633.782 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 20 Zuschuss an das Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e. V. (DST), Duisburg</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 597.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">597.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 17.922 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 615.322 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 597.400 Euro	597.400 Euro	um 17.922 Euro		auf 615.322 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 597.400 Euro	597.400 Euro																				
um 17.922 Euro																					
auf 615.322 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enth.																				

		<p>Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 21 Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen e. V. (FIW)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.364 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 546.364 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 31.364 Euro		auf 546.364 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 515.000 Euro	515.000 Euro																				
um 31.364 Euro																					
auf 546.364 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 21 Zuschuss an das Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FiW) e. V.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 15.450 Euro		auf 530.450 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 515.000 Euro	515.000 Euro																				
um 15.450 Euro																					
auf 530.450 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enth.																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

zum Haushaltsgesetz 2022

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 22 Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.364 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 546.364 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 31.364 Euro		auf 546.364 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 515.000 Euro	515.000 Euro																				
um 31.364 Euro																					
auf 546.364 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszins-effektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 22 Zuschuss an das IKT – Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">HH 2022</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022		Ansatz lt. HH 2021	von	515.000 Euro	515.000 Euro	um	15.450 Euro		auf	530.450 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">CDU</td> <td style="width: 85%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022		Ansatz lt. HH 2021																							
von	515.000 Euro	515.000 Euro																							
um	15.450 Euro																								
auf	530.450 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enth.																								

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titel 686 23 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH (IWW)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.364 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 546.364 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Da die</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 31.364 Euro		auf 546.364 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 515.000 Euro	515.000 Euro																				
um 31.364 Euro																					
auf 546.364 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

		Landesregierung eine entsprechende Steigerung im vergangenen Jahr versäumt hat, ist in diesem Jahr eine Steigerung um rund sechs Prozent (unter Berücksichtigung des Zinseszinseseffektes) notwendig.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titel 686 23 Zuschuss an das IWW – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH</p> <p>Erhöhung (Reduzierung) des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 15.450 Euro		auf 530.450 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 515.000 Euro	515.000 Euro																				
um 15.450 Euro																					
auf 530.450 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enth.																				

		<p>Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)"</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</p> <p>Titelgruppe 61 Unterstützung zur Einwerbung von Programmtiteln</p> <p>Titel 686 61 Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Johannes-Rau-Forschungsinstitute zeigen seit Jahren, wie erfolgreiche Drittmittelbeschaffung aussehen kann. Dieser Umstand ist für Nordrhein-Westfalen ein Gewinn und muss somit weiter gefördert werden. Mithilfe der Förderung können Personalkosten in der Antragsstellung für die Drittmittelbeschaffung teilweise mitgetragen werden. Das unterstreicht die Wirksamkeit der Förderung. Damit weitere Drittmittel eingeworben werden können, benötigen die Johannes-Rau-Forschungsinstitute 400.000 Euro zusätzlich.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 400.000 Euro	400.000 Euro	um 400.000 Euro		auf 800.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 400.000 Euro	400.000 Euro																				
um 400.000 Euro																					
auf 800.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	Enth.																				
AfD	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Titelgruppe 61 Unterstützung zur Einwerbung von Programmmitteln Titel 686 61 Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: „Die verstärkte Einwerbung von Programmmitteln, wie beispielsweise Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Horizon 2020 durch die Einrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft ist im besonderen Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen. Daher unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Aktivitäten der Forschungseinrichtungen in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft zur Einwerbung von Programmmitteln durch die Gewährung von Zuwendungen. Mit der Unterstützung bei der Einwerbung von Programmmitteln sollen die entsprechenden Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft gezielt gestärkt werden. Ziel ist es, den Instituten der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft die notwendigen Spielräume für die erfolgreiche Einwerbung von Programmmitteln zu verschaffen und zugleich Anreize für eine möglichst breite Beteiligung der Einrichtungen an den Wettbewerben und Projektaufufen zu setzen“ (s. Erläuterungsband zum Einzelplan 06, Kapitel 06 042, Titelgruppe 61).</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 400.000 Euro	400.000 Euro	um 200.000 Euro		auf 600.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 400.000 Euro	400.000 Euro																				
um 200.000 Euro																					
auf 600.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enth.																				

		<p>Die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel reicht jedoch nicht aus. Zusätzliche Mittel sind notwendig, damit NRW bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln erfolgreich sein kann. Die bisherigen Mittel reichen in der Regel nur zur Einwerbung von Landes- und Bundesförderung.</p> <p>Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung Titel 633 60 Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 33.874.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">19.563.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.874.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 31.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage (Pandemiebewältigung, Kosten bei der Bewältigung der Flutkatastrophe) sollte auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten. Da die Antragsfrist für das Programm „Förderung kultureller Vielfalt und Musikkulturen“ der 31.10.2021 ist, und für das Jahr 2022 noch keine projektscharfen Förderentscheidungen getroffen werden konnten, können dazu noch keine gezielten Änderungsanträge gestellt werden. Wir regen an, den Entscheidungstermin für alle Projekte zukünftig soweit vorzulegen, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen alle Förderungen ersichtlich sind.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 33.874.600 Euro	19.563.300 Euro	um 2.874.600 Euro		auf 31.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 33.874.600 Euro	19.563.300 Euro																				
um 2.874.600 Euro																					
auf 31.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	AfD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 62 Theaterförderung Titel 633 62 Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;">HH 2022 von 38.036.400 Euro um 3.036.400 Euro auf 35.000.000 Euro</td> <td style="width: 50%; vertical-align: top; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021 35.437.800 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage (Pandemiebewältigung, Kosten bei der Bewältigung der Flutkatastrophe) sollte auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten. Da für das Jahr 2022 noch keine projektscharfen Förderentscheidungen getroffen wurden, können dazu noch keine gezielten Änderungsanträge gestellt werden. Wir regen an, den Entscheidungstermin für alle Projekte zukünftig soweit vorzuerlegen, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen alle Förderungen ersichtlich sind.</p>	HH 2022 von 38.036.400 Euro um 3.036.400 Euro auf 35.000.000 Euro	Ansatz lt. HH 2021 35.437.800 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022 von 38.036.400 Euro um 3.036.400 Euro auf 35.000.000 Euro	Ansatz lt. HH 2021 35.437.800 Euro														
CDU	nein														
SPD	nein														
FDP	nein														
GRÜNE	nein														
AfD	ja														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 62 Theaterförderung Titel 686 62 Zuschüsse an Landestheater und das rheinisch-westfälische Theaterwesen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 31.522.300 Euro</td> <td>30.792.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 25.522.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage (Pandemiebewältigung, Kosten bei der Bewältigung der Flutkatastrophe) sollte auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten. Zuschüsse in Höhe von 13.152.500 Euro, insbesondere für Freie Szene sind angesichts in den Vorjahren geförderter Projekte zu hoch.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 31.522.300 Euro	30.792.100 Euro	um 6.000.000 Euro		auf 25.522.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 31.522.300 Euro	30.792.100 Euro																				
um 6.000.000 Euro																					
auf 25.522.300 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 63 Förderung des Bibliothekswesens, der Literatur und des Erhalts von Kulturgütern Titel 633 63 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 2.822.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.022.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.322.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage (Pandemiebewältigung, Kosten bei der Bewältigung der Flutkatastrophe) sollte auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten. Ausgenommen werden sollten davon die Bibliotheken, für die wir gerade während der Pandemie besonderen zusätzlichen Bedarf sehen und für die wir wie im Vorjahr eine Erhöhung beantragen.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 2.822.000 Euro	2.022.000 Euro	um 1.500.000 Euro		auf 4.322.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 2.822.000 Euro	2.022.000 Euro																				
um 1.500.000 Euro																					
auf 4.322.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 66 Allgemeine und regionale Kulturförderung, internationaler Kulturaustausch und innovative Entwicklungen in der Kultur</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 22.444.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">21.145.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.444.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage (Pandemiebewältigung, Kosten bei der Bewältigung der Flutkatastrophe) sollte auch der Kulturbereich seinen Beitrag leisten. Da über die Förderung einiger Projekte aus Ifd. Nr. 5 zu TG 66 „Diversität und Teilhabe“ noch nicht entschieden ist, können dazu noch keine gezielten Änderungsanträge gestellt werden. Wir regen an, den Entscheidungstermin für alle Projekte zukünftig soweit vorzulegen, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen alle Förderungen ersichtlich sind.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 22.444.000 Euro	21.145.900 Euro	um 2.444.000 Euro		auf 20.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																				
von 22.444.000 Euro	21.145.900 Euro																				
um 2.444.000 Euro																					
auf 20.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung Titelgruppe 66 Allgemeine und regionale Kulturförderung, internationaler Kulturaustausch und innovative Entwicklungen in der Kultur</p> <p>Titel 633 66 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH2022 von 13.004.300 Euro um 2.000.000 Euro auf 15.004.300 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2021 12.206.200 Euro</p> <p>Begründung: Mit Hilfe der Stärkungsinitiative Kultur des Landes NRW wurde der Etat für die Soziokultur ab 2020 erhöht und schlägt sich seither positiv auf die Arbeit der soziokulturellen Zentren nieder. Da es sich hierbei aber hauptsächlich um Projektförderung handelt, bedarf es daneben einer verlässlichen strukturellen Förderung durch das Land, die die wichtige Arbeit der Soziokultur sowie die positiven Effekte der letzten beiden Jahre nachhaltig verstetigt. Daher fordern wir für die Strukturförderung der Soziokultur zusätzliche Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2022.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		<ul style="list-style-type: none">• 500.000 Euro für die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus• 200.000 Euro für die beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt• 100.000 Euro für die Aussteigerberatung „Nina NRW“• 200.000 Euro für das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 070 Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 3.001.000 Euro</td> <td>3.001.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.001.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Streichung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Islamismus / Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden bereits mit dem Titel 231 20 ausreichend berücksichtigt. Insofern wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Salafismus ausgehen, eine unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung der im Titel 231 20 zweckgebundenen Mittel i.H.v. 2.920.300 Euro ist der Titel 684 22 somit zu streichen. Bzgl. der unausgewogenen Mittelverwendung bei der Landeszentrale für politische Bildung und der in diesem Zusammenhang wiederholt kritisierten einseitigen Ausrichtung sieht sich die Fraktion der AfD ungeachtet dieses Änderungsantrages veranlasst, das Thema zeitnah zum Gegenstand einer politischen Debatte im Landtag zu machen.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 3.001.000 Euro	3.001.000 Euro	um 3.001.000 Euro		auf 0 Euro		<p>Votum HPA abgelehnt</p> <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																														
von 3.001.000 Euro	3.001.000 Euro																														
um 3.001.000 Euro																															
auf 0 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 070 Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 23 Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2022</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 250.000 Euro</td> <td>250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Streichung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Salafismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung des Umstandes, dass die Beratungsleistungen im Übrigen auch die Gefahren, die vom Islamismus ausgehen, abbilden sollten, erscheint es angebracht, ersatzweise einen neuen Titel einzuführen, der Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Islamismus beinhaltet. Bzgl. der unausgewogenen Mittelverwendung bei der Landeszentrale für politische Bildung und der in diesem Zusammenhang wiederholt kritisierten einseitigen Ausrichtung sieht sich die Fraktion der AfD ungeachtet dieses Änderungsantrages veranlasst, das Thema zeitnah zum Gegenstand einer politischen Debatte im Landtag zu machen.</p>	HH 2022	Ansatz lt. HH 2021	von 250.000 Euro	250.000 Euro	um 250.000 Euro		auf 0 Euro		<p>Votum HPA abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2022	Ansatz lt. HH 2021																														
von 250.000 Euro	250.000 Euro																														
um 250.000 Euro																															
auf 0 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		ungeachtet dieses Änderungsantrages veranlasst, das Thema zeitnah zum Gegenstand einer politischen Debatte im Landtag zu machen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 06 100 Hochschule Allgemein Titel 685 56 Zuschüsse an die Hochschule in der Trägerschaft zur Förderung eines Diversity-Managements</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2022</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von 210.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">210.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 210.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zentrale strategische Aufgabe eines Studiums ist die Vermittlung von Inhalten und nicht die Herstellung von Ideologie getriebener „Bildungsgerechtigkeit“ durch ein Diversity-Management.</p>	2022	Ansatz lt. HH 2021	von 210.000 Euro	210.000 Euro	um 210.000 Euro		auf 0 Euro		<p>Votum WissA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022	Ansatz lt. HH 2021																														
von 210.000 Euro	210.000 Euro																														
um 210.000 Euro																															
auf 0 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	AfD	<p>Kapitel 06 100 Hochschule allgemein</p> <p>Titelgruppe 73 Förderung der Gleichstellung an Hochschulen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2022</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2021</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>4.456.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.356.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>4.456.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Ein Mitteleinsatz für das Ziel einer Gleichstellung ist unrealistisch. Gleichberechtigung betrachten wir in diesem Land als gegeben.</p>	2022		Ansatz lt. HH 2021	von	4.456.500 Euro	4.356.500 Euro	um	4.456.500 Euro		auf	0 Euro		<p>vgl. Votum WissA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2022		Ansatz lt. HH 2021																																	
von	4.456.500 Euro	4.356.500 Euro																																	
um	4.456.500 Euro																																		
auf	0 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titelgruppe 77 Digitalisierung an Hochschulen Titel neu Zuschüsse an Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke</p> <p>Neuer Titel</p> <p>HH 2022 Ansatz lt. HH 2021 von - Euro - Euro um 250.000.000 Euro auf 250.000.000 Euro</p> <p>Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="padding-left: 40px;">350.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Der Titel dient dazu, das in NRW unbedingt notwendige Programm aufzulegen für eine umfassende Digitalisierung der Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke. Voraussichtlich knapp die Hälfte der Mittel muss den Einrichtungen künftig dauerhaft zur Verfügung stehen. Diese Mittel sind nach Zuweisung entsprechend zu verstetigen. Investitionsbedarfe in Folgejahren müssen stets durch ausreichende Ansätze unterlegt werden, damit Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke nicht bei einmaligen IT-Anschaffungen verbleiben, sondern nach einem angemessenen Zeitraum wieder auf den technischen Stand der Zeit kommen können, sowie um gestaffelte Digitalisierungsprozesse nach Organisationsbereichen zu erlauben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2022**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titel neu Planungs- und Baukostenzuschüsse an den BLB NRW zur Brückenfinanzierung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden der Hochschulen</p> <p>Neuer Titel</p> <p>HH 2022 Ansatz lt. HH 2021 von - Euro - Euro um 72.000.000 Euro auf 72.000.000 Euro</p> <p>Begründung: NRW hat eine der dichtesten Hochschullandschaften in Europa. Forschung und Lehre brauchen gute Rahmenbedingungen. Moderne Gebäude sind hierbei ein ganz wesentlicher Teil. Die Basis des Erfolgs in Bildung, Wissenschaft und Forschung ist eine gute Infrastruktur – analog und digital. Gleichzeitig steht das Land vor der Herausforderung in weniger als drei Jahrzehnten klimaneutral werden zu müssen.</p> <p>An den Hochschulen besteht ein hoher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Nach Aussagen der Landesregierung liegt er derzeit bei etwa sechs Milliarden Euro. Die von der Landesregierung geplanten Investitionen im Rahmen der Mietausgabenbudgetierung würden bei Weitem nicht ausreichen, den Bedarf in einem absehbaren Zeitraum abzubauen. Von 2022 bis 2025 sind lediglich 660 Millionen Euro eingeplant. Daher sind ausreichend Mittel bereitzustellen, um</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD Enth.</p>

		umfangreichere Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchführen zu können. Diese können gleichzeitig dazu beitragen, den Gebäudebestand wärme- und energieeffizienter zu gestalten und erneuerbare Energien auszubauen. Der vorgesehene Ansatz verdreifacht die bisher in der Mietausgabenbudgetierung für 2022 vorgesehene Summe.	
--	--	--	--

		<p>können, wobei die analoge Schriftform möglich bleiben muss. Das Beantragungsformular soll höchstmöglich unbürokratisch und allgemeinverständlich gestaltet sein. Etwaige Ablehnungen von Anträgen müssen transparent begründet werden und mit dem Angebot für ein Beratungsgespräch verbunden sein.</p>	
--	--	--	--